

## **Aus der Stadtverordnetenversammlung vom 01. Februar 2016 wird berichtet:**

### **Zu TOP 1) Aktive Kernbereiche in Hessen, Antragstellung 2016**

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Aktive Kernbereiche in Hessen“ für das Programmjahr 2016 insgesamt 47.500 € zu beantragen, die sich aus 12.500 € als städtischer Beitrag für Zentrum Aktive Kernbereiche und 35.000 € für das Kernbereichsmanagement zusammensetzen.

Die Haushaltsmittel sind im Haushalt bereitzustellen.

### **Zu TOP 2) 17. Änderung des Flächennutzungsplanes „Hinter den Steinhöfen“**

Mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

- a) Die Anregungen zum Entwurf der o.g. 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Grebenstein werden behandelt und die vorliegenden Beschlussvorschläge angenommen. Das durchgeführte Verfahren mit der zusammenfassenden Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, das Ergebnis mitzuteilen.

Mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

- b) Die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Form einschl. Begründung und Umweltbericht beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächennutzungsplanänderung zusammen mit der Begründung, dem Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vorzulegen (§ 6 BauGB). Gem. § 6 (5) BauGB ist die Erteilung der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung wird die Flächennutzungsplanänderung wirksam. Ihr ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Flächennutzungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde. Jedermann ist die Möglichkeit zu geben, die Flächennutzungsplanänderung, die Begründung, den Umweltbericht und die zusammenfassende Erklärung einzusehen und über deren Inhalt Auskunft zu verlangen.

### **Zu TOP 3) Fahrzeugersatzbeschaffung TSF-W der Feuerwehr Schachten**

Die FDP Fraktion stellt den Änderungsantrag, dass dem vorliegenden Beschlussvorschlag als letzter Satz noch hinzugefügt wird:

Dem Land Hessen soll vorgeschlagen werden, die Fahrgestelle für die Feuerwehren so auszustatten, dass sie den Bedürfnissen (Platzbedarf) der Feuerwehren genügen.

Mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 19 Enthaltungen wird der Änderungsantrag der FDP Fraktion angenommen.

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, anstelle eines Feuerwehrfahrzeugs TSF-W für die Feuerwehr in Schachten ein Feuerwehrfahrzeug MLF anzuschaffen. Die Mittel sind im Haushalt 2017 wie folgt bereitzustellen:

Ausgaben	160.000,-- €
Einnahmen Landeszuweisung	54.000,-- €.

Die mittelfristige Finanzplanung ist gemäß der allen Stadtverordneten vorgelegten Fahrzeugübersicht der Feuerwehren anzupassen.

Dem Land Hessen soll vorgeschlagen werden, die Fahrgestelle für die Feuerwehren so auszustatten, dass sie den Bedürfnissen (Platzbedarf) der Feuerwehren genügen.

### **Zu TOP 4) Vorläufige Haushaltsführung 2016**

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Ausgaben des Neujahrsempfangs 2016 zu genehmigen und den traditionellen Vieh- und Jahrmarkt Grebenstein im Jahr 2016 trotz vorläufiger Haushaltsführung durchzuführen.

### **Zu TOP 5) Antrag der CDU zur personellen Ausstattung der Verwaltung**

Zum Tagesordnungspunkt wird als Tischvorlage ein neu formulierter Antrag der CDU allen Stadtverordneten ausgehändigt.

Mit 20 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

- a) Es ist zu prüfen, inwieweit eine zusätzliche Teilzeitstelle (1/2 Stelle) im Finanzbereich möglichst unverzüglich eingerichtet werden kann, um die Erarbeitung der ausstehenden Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse zu unterstützen und möglichen finanziellen Schaden von der Stadt abzuwenden.

Mit 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

- b) Sobald die haushaltsrechtlichen – und wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind, ist zu prüfen, inwieweit eine weitere halbe Stelle im Bereich der Verwaltung für sonstige unterstützende Arbeiten bei Projekten sowie als Ansprech- und Kooperationspartner für die Vereine eingerichtet werden kann.

#### **Zu TOP 6) Antrag der CDU zur Prüfung der Einrichtung einer Stelle zur Unterstützung der Integrationsarbeit**

Einstimmig mit 1 Enthaltung fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Arbeit im Kindergarten und/oder der Jugendpflege durch die Mitarbeit von bundesfreiwilligendienstlern (BFD) oder Interessenten eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) unterstützt werden kann.

Ergibt die Prüfung ein positives Ergebnis für eine oder sogar beide Einrichtungen, wird die Verwaltung beauftragt, den Unterstützungsbedarf jeder Einrichtung jeweils mit einer/einem Interessentin/Interessenten für den Bundesfreiwilligendienst oder für ein freiwilliges soziales Jahr abzudecken.

Die entstehenden Kosten werden weitestgehend vom Bund bzw. Land übernommen.

#### **Zu TOP 7) Antrag der BWA zum Hochwasserschutz**

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Grebenstein wird beauftragt zu prüfen, das laufende Flurbereinigungsverfahren zu nutzen, um Maßnahmen für den Hochwasserschutz zu ergreifen.

#### **Zu TOP 8) Anfragen**

##### **CDU-Anfrage zur Geruchsbelästigung in der Toilette in der KiTa (Haus I)**

- a) Konnte ermittelt werden, was ursächlich für die Geruchsbelästigungen war, wie sie entstanden sind?
- b) Ist etwas unternommen worden, um die Geruchsbelästigungen bislang zu beseitigen? Wenn ja, welche Maßnahmen wurden ergriffen?
- c) Wenn etwas unternommen wurde, waren die Bemühungen erfolgreich, um die Geruchsbelästigungen und ggf. andere Ursachen zu beseitigen?

**Zu a)**

In den Fußbodenaufbau (Fliesenkleber und Estrich) war im Bereich der WC's Urin eingedrungen.

**Zu b)**

Der Fußbodenaufbau wurde komplett entfernt und neu verlegt. Die Ausführung erfolgte im Juli / August 2014, anschließend wurden neue WC-Trennwände montiert.

**Zu c)**

Nach aktuellem Stand besteht seit der Sanierung keine Geruchsbelästigung mehr.

**Zu TOP 9) Mitteilungen****1. Überplanmäßige Ausgabe 2015**

Für die Mängelbeseitigung an einem Fahrzeug nach der Fahrzeugüberprüfung (TÜV) wurden beim Produktsachkonto 11104.61640000 überplanmäßig 3.600,00 € verausgabt. Die Mittel wurden bei dem Produktsachkonto 57301.60890000 eingespart.

Die überplanmäßige Ausgabe wurde im Rahmen der Entscheidungskompetenz vom Bürgermeister genehmigt.

**2. Stadtkasse**

In der Stadtkasse ist Frau Constanze Nassal ausgeschieden. Frau Christiane Heinze wird ab dem 01.03.2016 neue feste Mitarbeiterin. Bereits im Februar steht sie der Verwaltung an zwei Nachmittagen zur Verfügung.

**3. Lärmaktionsplan des Eisenbahn-Bundesamtes**

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung führt das Eisenbahnbundesamt (EBA) eine Betroffenheitsanalyse auf der Grundlage der Lärmkartierung und der Öffentlichkeitsbeteiligung durch. Das Ziel des EBA ist, den IST-Zustand bundesweit zu dokumentieren und einen exakten Überblick über die bestehende Lärmbelastung zu erhalten. Dies ist in dem Pilot-Lärmaktionsplan Teil A zusammengefasst worden.

Die 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung vom 15.11. bis 15.12.2015 wird als Ergänzung der künftige Teil B. Beide Pläne zusammen genommen bilden den zukünftigen Pilot-Lärmaktionsplan. Dieser wird ab 2018 alle 5 Jahre fortgeschrieben.

**4. Flüchtlingsunterkunft „Über der Bahn“**

Am Dienstag, 02.02.2016 besteht um 16:00 Uhr für die Mandatsträger die Möglichkeit zur Besichtigung der Gemeinschaftsunterkunft. Treffpunkt ist um 15:50 Uhr am Tor zum Verwaltungsgebäude.

Ab dem 03.02.2016 wird die Unterkunft belegt, zunächst nur im Verwaltungstrakt.

**5. Neue Legislaturperiode, Konstituierende Sitzung am 11.04.2016**

Bürgermeister Sutor teilt den Fraktionen die in der neuen Legislaturperiode zu besetzende Gremien mit:

Verbandsversammlung der ekom21

Gasversorgungszweckverband

Verwaltungsrat der Stadtparkasse Grebenstein

## **6. Ablaufende Legislaturperiode**

Bürgermeister Sutor bedankt sich bei allen Mandatsträgern für die konstruktive Zusammenarbeit.